

„Wir sind deutsche Kommunisten im sozialistischen Vaterland“

Das besondere Dilemma der deutschen Parteikader in der Sowjetunion nach dem Überfall Hitlerdeutschlands – Teil I

Horst Laude

Der folgende Beitrag behandelt eine Reihe von Episoden und Situationen, die verdeutlichen sollen, auf welche komplexe Weise sich für viele KPD-Mitglieder und deutsche Kominternfunktionäre in der sowjetischen Emigration das Verhältnis zu ihrem nationalsozialistisch beherrschten Heimatland entwickelt hat. Es geht dabei vor allem um die Frage, wie die Gruppe der in Moskau aktiven deutschen Spitzenfunktionäre mit der Tatsache fertig zu werden suchte, daß sie aus jenem Land stammten, gegen dessen Aggressionstruppen sich das „sozialistische Vaterland aller Werktätigen“ in einer verzweifelten Abwehrschlacht befand

Ende Juni 1941 lebten in Moskau und in den Vororten der sowjetischen Hauptstadt 373 Mitglieder der KPD und zwanzig deutsche Emigranten, die als Mitglieder der KPdSU eingetragen waren. Zu ihren Familienangehörigen zählten etwa 100 Parteilose, 69 Jugendliche und eine nicht näher angegebene Anzahl von jüngeren Kindern.¹ Davon waren schätzungsweise knapp 100 Mitglieder als Parteikader im Kominternapparat und in sowjetischen Institutionen von ausgeprägt politischem Charakter tätig. Mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf das Land ihrer Zuflucht und ihrer gesellschaftspolitischen Idealvorstellung sahen sie sich in ihrer Rolle und Existenz als Kommunisten, als Deutsche und als „Emigranten“ gleich in dreifacher Hinsicht mit Problemen, Spannungen und Konflikten konfrontiert.

Das gilt einerseits für Fragen, welche die Differenzierung zwischen dem deutschen Volk in seiner Mehrheit und dem nationalsozialistischen Regime betrafen. Eine Differenzierung, die mit zunehmender Kriegsdauer und Schuldverstrickung der Deutschen immer schwieriger wurde; bewegte man sich doch auf dem oftmals schmalen Grat zwischen propagandistischen Warnrufen und Anklagen und dem Bemühen, wenigstens Teile des deutschen Volkes und der Wehrmacht in ihrer bisherigen Haltung zu erschüttern und für eine Umkehr zu gewinnen. Immer wieder war dabei auch zu fragen, wie, mit welcher Argumentation und Sprache, das eigene Volk erreicht, wie seine Mentalität angesprochen, wie auf seine im Kriegsverlauf wechselnden Stimmungen angemessen reagiert werden konnte – und das trotz jahrelanger eigener Entfernung von Heimat und Adressaten.²

Andererseits wurden die deutschen Parteikader vor Probleme gestellt, die mit ihrer Instrumentalisierung durch die sowjetischen Auftraggeber und Partner im Kampf gegen Hitlerdeutschland zusammen hingen, in welchem die deutschen KPD-Leute gerade in ihrer Doppelrolle als Kommunisten und Deutsche gebraucht wurden. Gebunden an die politischen Orientierungen der sowjetischen Führung und an deren taktische Marschroute für die Feindpropaganda, sahen sich die deutschen Kommunisten durch die Lei-

1 Vgl. „Bericht über Kaderfragen“ vom 25. Januar 1942 (Maschinenschrift), SAPMO-BArch, ZPA, Ny 4036/517, Bl. 14 ff, bes. Bl. 14.

2 Der Frage nach dem Verhältnis der deutschen Parteikader bzw. der verantwortlichen sowjetischen Organe zur Arbeit mit den deutschen Kriegsgefangenen und nach der Entwicklung dieses Verhältnisses, die unserem thematischen Aspekt gleichfalls zuzuordnen wäre, kann hier nicht eigens nachgegangen werden.

tungsebenen der Komintern und sowjetischer Dienststellen wie der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee mit jeweils aktuellen ‚Weisungen‘, ‚Vorschlägen‘ und ‚Empfehlungen‘ konfrontiert. Ihr eigenes Funktions- und Aufgabenverständnis hatte sich an den Wertungen und Postulaten auszurichten, die ihnen in bezug auf den politisch-moralischen Zustand des deutschen Volkes und die Aufgaben und Möglichkeiten des antifaschistischen Widerstandskampfes vorgegeben wurden. Mit all dem war immer auch die Frage verwoben, wie die deutschen Kommunisten selber von ihren Auftraggebern gesehen wurden und wie diese jeweils aktuell die KPD hinsichtlich ihrer realen Handlungsfähigkeit und objektiven Kampfkraft gegen das NS-Regime bewerteten. Die aus dieser komplizierten Lage resultierenden Spannungen und Konflikte wurden von den deutschen Kommunisten sowohl individuell wie auch gemeinsam ausgeglichen. Ihre psychologische Dimension ist dem heutigen Betrachter weitgehend entzogen. Zum Teil spiegelten sich die Konflikte aber auch in internen Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Funktionsträgern der KPD wider. Sie entwickelten sich nicht zuletzt unter dem Druck, dem die deutschen Kommunisten seitens der sowjetischen Entscheidungsträger oder der Repräsentanten anderer kommunistischer Parteien im Exekutivkomitee der Komintern (EKKI) ausgesetzt waren. Dieser Druck äußerte sich in konkreten Vorhaltungen und entsprechenden Nötigungen zur Selbstkritik, aber auch in atmosphärisch spürbarer Bedrängnis. Dabei spielten gewiß auch persönliche Haltungen und Animositäten der beteiligten Funktionäre eine Rolle, die neben der politischen Kritik an den deutschen Kommunisten auch ihre Vorurteile gegen die Deutschen ausagierten. Besondere Zuspitzungen ergaben sich in Situationen und Phasen, in denen der Haß gegen die deutschen Aggressoren bei manchem Sowjet- und Kominternfunktionär auch mehr oder weniger auf das Verhältnis zu deutschen Kommunisten abfärbte.

Davon waren auch die in Moskau tätigen KPD-Spitzenfunktionäre mehr oder weniger unmittelbar betroffen, die – nach der Auflösung der operativen Auslandsleitung der KPD in Paris – seit dem 9. Oktober 1939 als erklärte Parteiführung der KPD agierten. Dem Rumpfgremium, das aufs engste an das EKKI bzw. nach der Auflösung der Komintern im Juni 1943 an deren durch Sowjetfunktionäre gelenkte Nachfolgeinstitutionen angebunden war, gehörten in der hier relevanten Phase 1941 und 1942 außer dem Parteivorsitzenden Wilhelm Pieck die ehemaligen Politbüromitglieder Wilhelm Florin (verstorben 1944) und Walter Ulbricht sowie der frühere Politbüroandidat Anton Ackermann an.³ Ab 1943 wurde auch das ZK-Mitglied Elli Schmidt (Parteiame: Irene Gärtner) stärker in die Leitungsarbeit einbezogen. Zu den unmittelbaren Partnern der Moskauer KPD-Führung auf der Ebene des EKKI zählten im betreffenden Zeitabschnitt vor allem der Generalsekretär der Komintern Georgi Dimitroff und der führende sowjetische Funktionär bei der Kominternzentrale Dimitri Manuilski sowie der italienische Kommunist Palmiro Togliatti, bisweilen auch der Sowjetrusse Boris Ponomarew, der namentlich für die ideologische Ausrichtung der Kommunistischen Internationale zuständig war.

Die nun folgende Darstellung stützt sich vornehmlich auf Quellen aus den Beständen des ehemaligen Zentralen Parteiarchivs (ZPA) der SED sowie auf die Dimitroff-Tagebücher von 1933 bis 1943.⁴ Gleichsam als ideologische Vorgeschichte des hier

3 Das Politbüro war 1937 auf Beschluß des EKKI-Sekretariats aufgelöst worden.

4 Dimitroff, Georgi: Tagebücher 1933–1943. Hrsg. von Bernhard H. Bayerlein, aus dem Russischen und Bulgarischen von Wladislaw Hedeler und Birgit Schliwenz, 2 Bde., Bd. 1: Tagebücher 1933–1943, Bd. 2: Kommentare und Materialien zu den Tagebüchern 1933–1943. Berlin 2000. Alle im

betrachteten Geschehens im sowjetischen Exil ist das Verhältnis vieler KPD-Funktionäre zur nationalen Frage vor 1933 zu berücksichtigen, als ein dominantes Internationalismus-Denken diese Frage überlagerte und eine strikte Orientierung auf den ‚ersten Arbeiter- und Bauern-Staat‘ als Vaterland aller Werktätigen vorherrschte. Ein anderes Verständnis für die Entwicklungswege und Besonderheiten der Nation, für die deutsche Geschichte und Kultur war erst unter dem Einfluß des VII. Weltkongresses der Komintern und der nachfolgenden „Brüsseler Konferenz“ der KPD im Jahre 1935 eingeleitet und befördert worden. Vor diesem geistig-ideologischen Hintergrund verstehen sich dann erst Motive und Pathos von Johannes R. Bechers Deutschland-Dichtung. Zur Vorgeschichte der hier dargestellten Zusammenhänge gehören auch die Repressionen und Säuberungswellen, denen bis 1941 nicht wenige deutsche Kommunisten zum Opfer gefallen waren. Zur Vorgeschichte gehören ebenso die starken Irritationen und Verunsicherungen, welche der Nichtangriffspakt zwischen Hitler und Stalin und die darauf folgende Entfesselung des Zweiten Weltkriegs durch die deutsche Aggression bzw. die seitens der Sowjetführung und der Kominternzentrale verordnete Haltung zum Gang der Ereignisse unter den deutschen Kommunisten hervorgerufen hatten. War in den Dokumenten der Komintern vordem noch zwischen aggressiven faschistischen Staaten und nichtaggressiven, demokratischen bürgerlichen Staaten differenziert worden, so wurde die Konstellation zu Beginn des Zweiten Weltkriegs als Zusammenstoß zweier pauschal als „imperialistisch“ klassifizierter Mächtegruppierungen bewertet. Am 8. September 1939 beschloß das Sekretariat des EKKI eine Direktive, in der es hieß: „Der Krieg wird zwischen zwei Gruppen kapitalistischer Länder um die Weltherrschaft geführt. [...] Die Teilung der kapitalistischen Staaten in faschistische und demokratische hat jetzt die frühere Bedeutung verloren. Dementsprechend muß die Taktik geändert werden.“⁵ Gerade die unmittelbar mit dem sowjetischen Machtzentrum verbundenen KPD-Funktionäre hatten die neuen Orientierungen sofort zu übernehmen und zu vertreten und in kürzester Zeit gemäß den von Stalin ausgegebenen Richtlinien zu handeln. Ein Umdenken, das in gewissem Maße nach dem Hitler-Stalin-Pakt auch eine opportune Zurückhaltung in der Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen System einschloß.

Mit dem 22. Juni 1941 aber und der alsbald folgenden Ausrufung des „Vaterländischen Volkskrieges“ durch Stalin,⁶ mit einer dramatisch verwandelten Konstellation, die sich der Sowjetunion als eine Frage ihres Überlebens stellte, sahen sich die Parteimitglieder der KPD als Kommunisten und Deutsche erneut mit einer einschneidend veränderten Problemlage konfrontiert. Vom eigenen Land war diese Aggression ausgegangen, der man sich selber gegenüber sah, und das eigene Volk war zum Werkzeug der nationalsozialistischen Eroberungspolitik geworden. Der Feind war nunmehr nicht nur das innerhalb Deutschlands herrschende nationalsozialistische System, der Feind stand bald tief im „sozialistischen Vaterland“ und zerstörte dessen Städte und Dörfer, und er trug das Gesicht auch des deutschen Arbeiters und Bauern. Die deutschen Kommunisten standen damit in ihrer Haltung zur Nation ihrer Herkunft und

folgenden mit dem Namen Dimitroff verbundenen Datenangaben beziehen sich eo ipso auf entsprechende Eintragungen in den Tagebüchern. Da die Kopfzeilen der Publikation auf die jeweiligen Daten verweisen, kann im folgenden generell auf die Seitenangabe als Fußnote verzichtet werden. Wo explizite Quellenverweise auf die Tagebücher geboten sind, wird im folgenden das Kürzel DimTgb mit Datumsangabe verwendet.

5 DimTgb, 8.9.1939.

6 Vgl. Stalin, J.W.: Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion. Berlin (Ost) 1952, S. 13.

Sprache vor einer ebenso unausweichlichen wie harten Selbstprüfung. Die von der Kominternzentrale verkündete Hauptaufgabe der kommunistischen Parteien, der alles untergeordnet werden sollte, lautete jetzt: „[...] alles daran zu setzen, um den Sieg des Sowjet-Volkes und die Niederschmetterung der faschistischen Barbaren zu erreichen“.⁷ Zu der Frage, wie die Komintern dabei helfen könne, schrieb Dimitroff nach einer Beratung bei Molotow vom 30. Juni 1941 in sein Tagebuch: „Jede Stunde zählt. – Die Kommunisten müssen überall entschiedenste Aktionen zur Unterstützung des sowjetischen Volks durchführen – Das wichtigste ist, das Hinterland des Feindes zu desorganisieren und seine Armee zu zersetzen.“ Eingeschworen auf das absolute Bekenntnis zum „sozialistischen Vaterland“, in seiner realen Gestalt das stalinistisch geprägte Partei- und Staatswesen, kämpften die deutschen Parteikader in Moskau jetzt auf seiten der Sowjetunion für den Sieg im „Vaterländischen Krieg“. Unter der Kontrolle der Sowjetorgane und von diesen mit spezifischem Auftrag versehen, nahmen sie am Kampf gegen Hitlerdeutschland teil. Das Hauptziel ihrer Anstrengungen bestand natürlich darin, auf das politische Bewußtsein des deutschen Volkes und speziell auch der Wehrmacht einzuwirken, um den Rückhalt des nationalsozialistischen Regimes in der Bevölkerung und die Unterstützung für den „Rußlandfeldzug“ zu schwächen. Mit den verfügbaren Mitteln und Möglichkeiten propagandistischer Tätigkeit – von Rundfunkarbeit und vom Verfassen von Druckschriften über Flugblatt- und Lautsprecherpropaganda an der Front bis zur Umerziehungsarbeit unter deutschen Kriegsgefangenen und ab Juli 1943 im Rahmen des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ – suchten sie sich an ihre Landsleute in der Heimat wie an die Soldaten und Offiziere an der Front und an die in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern zu wenden, um vor ihnen den Hitlerfaschismus zu entlarven und anzuklagen. Zugleich bemühten sie sich, oppositionelle und kampfbereite Widerstandskräfte im Lande zu aktivieren, ihnen die mit den sowjetischen Organen abgestimmten politischen Orientierungen zu vermitteln. Dabei hegte man beträchtliche Illusionen über die Erfolgchancen dieser Propagandaarbeit in Deutschland.

Parteidelinquenten – Kritik- und Selbstkritik-Rituale

In den Abendstunden des 18. bzw. des 19. November 1942 fanden in Moskau zwei von der Parteiführung der KPD einberufene „Informations“-Veranstaltungen für die in der sowjetischen Hauptstadt tätigen Kader der Partei statt.⁸ Die Teilnehmer der ersten Zusammenkunft rekrutierten sich aus den deutschen Mitarbeitern der Komintern, sie tagten im Gebäude des EKKI in Rostokino. Tags darauf versammelten sich die bei verschiedenen Sowjetorganen und -institutionen beschäftigten deutschen Parteiaktiven

7 DimTgb, 26.6.1941.

8 Vgl. dazu die handschriftlichen Aufzeichnungen von Wilhelm Pieck: Bericht im Inform.Aband der d[eu]tsch[en] Gen[ossen] in Komintern 18.10.[sic!][19]42 6 Uhr, SAPMO-BArch, ZPA, Ny 4036/497, Bl. 171–176 und Bericht im Inform.Aband der d[eu]tsch[en] Gen[ossen] im Lux 19.10.[sic!] [19]42 8 Uhr, ebd., Bl. 177–180. Im Original sind die Monatsdaten versehentlich falsch notiert (Oktober statt November). Die richtigen Daten finden sich in einer von Pieck angefertigten Übersicht; vgl. SAPMO-BArch, ZPA, Ny 4036/497, Bl. 124. Die beiden Versammlungen beziehen sich in ihrem Inhalt auf die bereits vorausgegangenen Parteiversammlungen des Kominternapparats vom 27., 28., und 29. Oktober (!) 1942. Inhalt und Ablauf der Zusammenkünfte vom 18. bzw. 19. November 1942 lassen sich nach den Aufzeichnungen Piecks annähernd rekonstruieren; diese umfassen zum größeren Teil die von Pieck vorbereitete Gedankenskizze für seine Ausführungen. Wir verzichten in den Zitaten auf die Wiedergabe der relativ zahlreichen Unterstreichungen Piecks, die ihm vornehmlich als optische Stütze für seinen Rededuktus dienen sollten.

im Hotel Lux. Unter ihnen auch Schriftsteller wie Erich Weinert und Alfred Kurella, die zusammen mit anderen kommunistischen deutschen Autoren bei der 7. Abteilung der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee (Glaw PURKA), der für die Propaganda unter den Truppen und der Bevölkerung des Gegners zuständigen Abteilung, im Einsatz waren.

Erstmals nach Monaten konnten die KPD-Mitglieder wieder in dieser Weise zusammenkommen, in der Erwartung, sich mit ihren Führungskräften darüber zu verständigen, wie die Lage in Deutschland und die aktuellen Aufgaben der Partei einzuschätzen seien. Wie der Parteivorsitzende Wilhelm Pieck gleich eingangs der Versammlungen vermerkte, waren schon „berechtigte Klagen“ über das entstandene Vakuum erhoben worden.⁹ Immerhin hatten die deutschen Kominternmitarbeiter seit März 1942 keine Gelegenheit zu einer solchen gemeinsamen Beratung mehr erhalten. Ihre letzte derartige Zusammenkunft hatte in Ufa stattgefunden, wohin der Kominternapparat im Oktober 1941 wegen der unmittelbaren militärischen Bedrohung Moskaus evakuiert worden war.¹⁰ Pieck deutete an, daß die Parteiführung für die lange Versammlungspause nicht verantwortlich sei, sondern der Umstand, daß es hier, da „nicht zulässig“, keine deutsche Parteiorganisation gebe.¹¹ Nun also konnte er verkünden, daß von den zuständigen Sowjetorganen die „Erlaubnis“ erteilt worden sei, künftig wieder regelmäßig monatlich derartige Parteiversammlungen abzuhalten, um „den Zusammenhalt der Genossen zum Zwecke ihrer Inform[ation], Schulung und Kontrolle ihrer Entwicklung [zu] pflegen“. Die Parteipflicht zu Teilnahme wurde eigens hervorgehoben.¹²

Welchen Raum die erwarteten politischen Informationen dann tatsächlich im Verlauf der Treffen beanspruchen konnten, ist aus den vorhandenen Überlieferungen nicht ersichtlich. Der eigentlich drängende, „unmittelbare Anlaß“ der beiden Versammlungen war ein anderer, laut Pieck „leider ein sehr betrübender“:¹³ Aufzuarbeiten waren zwei unter den deutschen Parteiaktivisten aufgetretene und gar in den KPD-Führungskreis hineinreichende „Fälle“, die mit den Namen Kurt Funk (Parteiname von Herbert Wehner) bzw. Walter Hedeler und Karl Dröll bezeichnet waren und zum Parteiausschluß der Protagonisten geführt hatten.¹⁴ Die beiden Fälle, obgleich zeitlich auseinanderliegend und unterschiedlich in ihrem Charakter und ihren Auswirkungen, erlangten aktuell dadurch eine besondere Brisanz, da sie in einer für die Sowjetunion komplizierten Phase des Krieges von verantwortlichen sowjetischen und anderen Kominternfunktionären als Indikatoren für Fehlentwicklungen in der KPD verstanden wurden: Die Fälle zeigten nämlich, wie Pieck kundtat, „daß große Schwächen und Gefahren in unserer Mitgliedschaft vorhanden sind, die zu solchen pol[itischen] Entartungen führten“, zu „Erscheinungen [...], von denen wir überzeugt sind, daß sie keine Einzelercheinungen sind“.¹⁵ Eine Kritik- und Selbstkritik-Kampagne war daraufhin ausgelöst worden und weiter im Gange, welche „die politischen Wurzeln“ und „die tieferen Ursachen“ jener negativen Erscheinungen unter den kommunistischen deutschen Emigranten bloßlegte und daraus die für notwendig befundenen „politischen Schlußfolgerungen“

9 Vgl. ebd., Bl. 171 bzw. 177.

10 Teile des Apparats blieben auch nach der ab März 1942 erfolgenden Rückkehr der Führungsspitzen und wesentlicher Arbeitsbereiche des EKKI nach Moskau weiter in der baschkirischen Hauptstadt.

11 Vgl. ebd., Bl. 177.

12 Vgl. ebd., Bl. 171 u. 177.

13 Ebd.

14 Vgl. ebd., Bl. 171.

15 Ebd., Bl. 171.

ziehen sollte.¹⁶ Eine Attacke, die sich in ihrer pauschalisierenden Tendenz letztlich gegen die gesamte Emigrantengruppe richtete und von der auch die KPD-Führung selbst nicht verschont blieb.

Herbert Wehner hatte als Mitglied des Zentralkomitees und Kandidat des inzwischen aufgelösten Politbüros zur Moskauer Führungsmannschaft der KPD gehört, die seit Oktober 1939 erklärtermaßen als Parteiführung operierte. Im Februar 1941 war er von Dimitroff und Pieck mit dem Auftrag nach Schweden gesandt worden, die dortige Auslandsleitung der Partei unter Karl Mewis zu überprüfen, vom ‚neutralen‘ Exilland aus wieder eine illegal arbeitende zentrale Leitung der KPD in Deutschland aufzubauen und zu deren Organisierung selbst ins Land zu gehen. Am 18. Februar 1942 war er in Stockholm von der schwedischen Polizei verhaftet und am 29. April zu einem Jahr Gefängnis wegen „Nachrichtentätigkeit für eine fremde Macht“ verurteilt worden. Bei den Untersuchungen und im Prozeß soll er – nach den der Komintern über die KP Schwedens und den sowjetischen Geheimdienst zugeleiteten Informationen – Angaben über seine Tätigkeit für die KPD in Schweden und die dafür in Moskau erhaltene Direktive sowie über Adressen von illegal arbeitenden Parteimitgliedern in Schweden und zudem über seine frühere Parteiarbeit in Frankreich gemacht haben.¹⁷ Am 6. Juni 1942 hatte die Moskauer Führung daraufhin einen anschließend vom EKKI-Sekretariat bestätigten „Beschuß des ZK der KPD“ gefaßt, der den Ausschluß Wehners aus der Partei „wegen Parteiverrat“ verfügte. Er habe „aus erbärmlicher Feigheit Aussagen vor den Untersuchungsbehörden und vor Gericht gemacht, die infamer Verrat an der Partei und eine ernste Schädigung des antifaschistischen Kampfes sind“.¹⁸

Der andere, aktuellere Fall (Hedeler/Dröll) trug sich in der Redaktion des „Deutschen Volkssenders“ (DVS) zu,¹⁹ der seit September 1941 bestand, unter der politischen Verantwortung des EKKI und der KPD-Führung arbeitete und als deren wichtigstes Instrument für die propagandistische Arbeit nach Deutschland verstanden wurde. Den Hörern in Deutschland suchte er sich als illegal im Lande operierender Sender und Stimme der inneren Anti-Hitler-Opposition darzustellen. Als Chefredakteur des DVS fungierte zu dieser Zeit das KPD-Führungsmitglied Anton Ackermann. Die deutschen Kominternmitarbeiter waren mit den beiden Fällen schon hinreichend vertraut, hatten sie diese doch bereits in drei Parteiversammlungen des internationalen EKKI-Apparats, an aufeinanderfolgenden Abenden (27./28./29.10.1942), geradezu seziiert

16 Ebd.

17 Zu diesem Komplex vgl. die ausführliche Darstellung von Scholz, Michael F.: *Herbert Wehner in Schweden 1941–1946*. Berlin 1997, S. 72–100, bes. S. 91. Die – umstrittene – Bewertung der Aussagen Wehners und der von ihm gewählten Verteidigungstaktik anhand der bislang zugänglichen Quellen mag hier unerörtert bleiben. Scholz kommt zu dem Schluß, daß sich Wehner „insgesamt optimal verteidigte“ und sich „der denkbaren Anschuldigung als Gestapo-Agent oder als Sowjetspion [...] durch seine Selbstdarstellung als deutscher Kommunist“ erwehrte. Namen und Adressen habe er nur dann genannt, wenn sie die Polizei seiner Meinung nach schon kannte.

18 Veröffentlicht in Müller, Reinhard: *Die Akte Wehner, Moskau 1939 bis 1941*. Berlin 1993 S. 401 f.

19 Vgl. W. Pieck: Bericht im Inform.Abend ..., SAPMO-BArch, ZPA, Ny 4036/497, Bl. 178. Den Fall Hedeler/Dröll hat wohl als erster Peter Erler näher dargestellt; vgl. Erler, Peter: *Zwischen stalinistischem Terror und Repression. Staatlicher Zwang und parteipolitische Strafmaßnahmen gegen deutsche Politemigranten in der UdSSR nach dem 22. Juni 1941*. In: Weber, Hermann u.a. (Hrsg.): *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1996*. Berlin 1995, S. 148–161, bes. S. 156–158, sowie Erler, Peter/Laude, Horst/Wilke, Manfred (Hrsg.): *„Nach Hitler kommen wir“*. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland. Berlin 1994.

und das Verhalten der beiden früheren Funktionäre per Resolution verurteilt. Die anderen KPD-Emigranten wurden von Pieck erst später in die Angelegenheit eingeweiht. *Walter Hedeler* (eigentlich Bernhard Gehrt),²⁰ im DVS als Sprecher und Redakteur tätig²¹, hatte, laut Pieck, im Gespräch mit Redaktionskollegen „Erzählungen [...] faschist.[ischen] Charakters“ und „feindl.[iche] Gerüchte“ weitergegeben und somit eine „antisowj.[etisch]-feindl.[iche] Handlung“ begangen. Hinter den inkriminierenden Formeln verbargen sich zum einen Schilderungen, von denen Hedeler durch seine russische Ehefrau, Ärztin in einem Kinderkrankenhaus, erfahren hatte: Evakuierte aus Frontgebieten und wohl auch deren Kinder selbst, laut Pieck „politisch ungeschulte Leute“, hatten dort offenkundig recht spontan und unbedarft über ihre „Erlebnisse mit fasch.[istischen] Okkupanten“ (Pieck) gesprochen. Andere „feindl.[iche] Äußerungen“ waren Hedeler bei seinen täglichen Fahrten zur Arbeit im Eisenbahnabteil und an Haltestellen zu Ohren gekommen.²²

Den von Pieck nicht näher beschriebenen Inhalt der „Gerüchte“ konnte Carola Tischler in ihrer Arbeit *Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil 1933 bis 1945*²³ aufklären und ebenso die Denunziation Hedelers durch die österreichische Kommunistin Ruth von Mayenburg, Ehefrau von Ernst Fischer (Parteiame: Wieden), belegen. Hedeler hatte die ihm zugetragenen Äußerungen in einer schriftlichen Stellungnahme vom 12. Oktober 1942 für die von Dimitroff eingesetzte Untersuchungskommission zu seinem Fall aufgelistet: „die Deutschen seien gegen die Kollektivwirtschaft, das Land würde den Bauern wiedergegeben, nur Juden und Kommunisten würden vertrieben; die deutschen Soldaten seien sauber, sie würden sich im Gegensatz zu den Rotarmisten vor dem Schlafen waschen; die deutschen Soldaten würden von ihren Vorräten und Paketsendungen aus der Heimat viel an sowjetische Kinder verteilen; diejenigen Sowjetbürger, die sich von den Deutschen haben registrieren lassen, seien nach dem Vormarsch der Roten Armee ins Hinterland evakuiert worden; in einem Dorf hätten während der deutschen Besatzung keine Erschießungen stattgefunden, sondern erst beim Vorrücken der Roten Armee.“²⁴ Hedeler hatte diese Äußerungen – so zumindest seine Begründung – weitererzählt, um zu zeigen, daß verstärkte Anstrengungen seitens der sowjetischen Propaganda unternommen werden müßten.²⁵

20 Der Verfasser dankt Wladislaw Hedeler für freundliche Kenntnisnahme des Manuskripts und für Hinweise, speziell zum „Fall“ seines Vaters Walter Hedeler.

21 Zur Biographie vgl. Müller-Enbergs, Helmut u.a. (Hrsg.): *Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon*. Berlin 2000, S. 321. Walter Hedeler (1911–1994), 1929 KPD (Pieck gibt abweichend 1930 an), ab 1933 illegale politische Arbeit, 1935 Verhaftung und Flucht in die Sowjetunion, in Abwesenheit wegen „Hochverrat“ zum Tode verurteilt, von 1935 bis 1937 Besuch der Lenin-Schule in der Sowjetunion, von 1937 bis 1939 Redakteur der *Deutschen Zentralzeitung*, 1939/40 Mitarbeiter in der Vertretung der KPD im EKKI, dann der Presseabteilung des EKKI, 1941 sowjetische Staatsbürgerschaft, ab Juni 1942 beim DVS, nach Parteiausschluß und Arbeitsentlassung (Oktober 1942) Anfang 1943 administrative Verbannung nach Tomsk, Schwarz- und Gelegenheitsarbeiten, von 1946 bis 1955 Hauptbibliothekar an der Universitätsbibliothek, 1955 Übersiedlung in die DDR, Parteiausschluß durch Beschluß der Zentralen Parteikontrollkommission der SED vom 9. November 1955 aufgehoben, unter anderem von 1957 bis 1959 Chefredakteur der *Leipziger Volkszeitung*, 1961 Redakteur der Zeitschriften *Einheit* und *Probleme des Friedens und des Sozialismus*.

22 Vgl. hierzu und zum Folgenden bei Pieck: ebd., Bl. 177–179.

23 Vgl. Tischler, Carola: *Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil 1933 bis 1945*. Münster 1996, S. 203–207.

24 Im folgenden nach der indirekten Wiedergabe des Zitats bei Tischler, *Flucht in die Verfolgung*, S. 205.

25 Ebd.

Zwei Redaktionskollegen des „Gerüchteverbreiters“ – *Karl Dröll*,²⁶ der als sein Zimmergefährte in ausführliche Gespräche einbezogen, und *Fritz Becker* (= Fritz Apelt)²⁷, der „nur gelegentlich eines Aufenthaltes Zuhörer“ geworden war – wurde zur Last gelegt, Hedeler nicht entgegengetreten zu sein und auch der Leitung der Parteiorganisation beim EKKI keine Mitteilung über den Vorgang gemacht zu haben. Diese hatte erst, so Pieck, durch einen „nichtdeutschen Genossen“ – wie erwähnt, durch Ruth Fischer – von der Verbreitung der feindlichen Gerüchte Kenntnis erhalten.²⁸ In der Konsequenz des Vorgangs waren Hedeler und Dröll aus der KPD ausgeschlossen und beide aus ihrer Arbeit beim Sender entlassen worden. (Zu den Spätfolgen ihres ‚Vergehens‘ gehörte es, daß beide erst lange nach Kriegsende nach Deutschland zurückkehren konnten.) Apelt hatte, mit Rücksicht auf sein einsichtsvolleres selbstkritisches Verhalten, nur eine „scharfe Rüge mit ernster Verwarnung“ erhalten. Die von beiden Gesprächspartnern Hedelers abgegebenen Erklärungen zur Angelegenheit wurden laut Pieck als „vollständig unbefriedigend“ bewertet; sie hätten erkennen lassen, daß die Beschuldigten „nicht das parteigemäße Empfinden für die Schändlichkeit der Handlung Hedelers hatten“.²⁹

Daß Pieck bei der Darstellung des Falles nicht versäumte, auch biographische Details der Betroffenen bis hin zur Teilinvalidität Hedelers – „einarmig“ – zu erwähnen und ihren Weg in der Partei zu skizzieren, läßt die Vermutung zu, er wollte bei der Beurteilung ihres gegenwärtigen Verhaltens das Gesamtbild der Personen und ihres politischen Wirkens nicht vergessen machen. Mehr noch war damit aber wohl die indirekte Warnung verbunden, daß auch Leute mit offenkundigen Verdiensten um die Partei keineswegs gefeit seien gegen gefährliche und strafwürdige Verirrungen.

26 Karl Dröll (1897–1969), 1926 KPD, 1929 Stadtverordneter in Berlin, 1933 drei Monate Haft in Plötzensee, Emigration nach Holland, dann in die UdSSR, 1941 Redakteur des DVS, am 31. Oktober 1942 Parteiausschluß und Entlassung von der Arbeit, 1943 administrative Verbannung nach Tomsk, von 1944 bis 1955 Heizer, am 24. Oktober 1947 zu zehn Jahren Haft verurteilt, aber am 13. November 1947 nach Einstellung des Verfahrens freigelassen, Dezember 1955 Übersiedlung in die DDR, Parteiausschluß durch Beschluß der ZPKK der SED vom 15. Februar 1956 aufgehoben, unter anderem Redakteur des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes. Die biographischen Hinweise verdankt der Autor Peter Erler.

27 Zur Biographie siehe Müller-Enbergs u.a. (Hrsg.): *Wer war wer in der DDR ?*, S. 26 f. Fritz Apelt (1893–1972), 1912 SPD, 1918 USPD, 1920 KPD, 1924/25 ein Jahr Festungshaft, ab 1925 Redakteur des Pressedienstes der KPD, dann unter anderem Redakteur der Zeitschrift *Der Arbeiterrat*, von 1927 bis 1929 Mitglied des Exekutivkomitees (EK) der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI) in Moskau, stellvertretender Leiter der Org.-Abteilung, dann Leiter der Jugendabteilung des EK der RGI, von 1929 bis 1932 Chefredakteur des *Thüringer Volksblatts* und 1932/33 der *Badischen Arbeiterstimme*, von August 1933 bis Mai 1934 KZ-Haft, 1934/35 politischer Oberberater der KPD für den Bezirk Mittelrhein und Nordrhein-Westfalen, 1935 Emigration in die UdSSR, Mitarbeiter in der Abteilung Agitation des EKKI, ab 1941 Sprecher und Redaktionssekretär beim DVS, am 31. Oktober 1942 strenge Parteirüge, 1944 Mitglied der Arbeitskommission der KPD zur Ausarbeitung des Nachkriegsprogramms, Herbst 1944 Redakteur des Senders des Nationalkomitees „Freies Deutschland“, von 1945 bis 1951 Chefredakteur der Zeitung *Die Freie Gewerkschaft* bzw. *Tribüne*, von 1947 bis 1953 1. Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Presse, von 1951 bis 1954 Leiter des Amtes für Literatur und Verlagswesen, von 1954 bis 1956 Staatssekretär und Stellvertreter des Ministers für Kultur der DDR.

28 W. Pieck: Bericht im Inform.Abend ..., SAPMO-BArch, ZPA, Ny 4036/497, Bl. 179 u. 178. Pieck scheint die notierten Fakten hierzu nicht näher vorgetragen zu haben, worauf ein großer Klammervermerk in seinen Aufzeichnungen hindeutet.

29 Vgl. ebd., Bl. 179.

Pieck übte nun unumwunden kollektive Selbstkritik im Blick auf den Kaderfall im Deutschen Volkssender: „Wir [von] der Parteiführung fühlen uns im vollen Maße für diese Schande der Partei verantwortlich, weil [wir] nicht voraussahen, daß solche Gefahren auftreten, und nichts dagegen unternahmen, weil wir uns täuschen ließen und volles Vertrauen zu diesen Menschen hatten und auch dann, als schon die Tatsachen vorlagen, sie nicht in ihrem vollen politischen Ausmaß erkannten.“³⁰ Was Pieck dann an Einschätzungen und Lehren vortrug, war schon das Fazit jenes Versammlungsmarathons von Ende Oktober 1942, in dem die deutschen Mitarbeiter des EKKI-Sekretariats und seiner gewichtigen und zahlenmäßig starken Abteilung Presse und Propaganda mit der massiven Kritik ihrer russischen Kollegen und der Kommunisten aus anderen Ländern konfrontiert worden waren.

Die Rekonstruktion der Versammlung deutscher Kominternmitarbeiter vom 18. November 1942 ergibt folgendes Bild: Pieck ließ keinen Zweifel daran, daß man „diese scharfe Kritik an uns deutschen Genossen – an unserer Parteiführung“ begrüßen könne und müsse und über die zugrundeliegenden tieferen Ursachen nachzudenken habe.³¹ Für seine sorgenvoll bußfertige Zustandsbeschreibung des deutschen Funktionärskörpers und die nun geforderte Läuterungsprozedur lieferten die von Dimitroff bestätigte Resolution der internationalen Parteiversammlung und eine „sehr eingehend und ernst“ vorgenommene Positionsbestimmung der KPD-Führung zum Gesamtvorgang die Stichworte und Kerngedanken.³² An erster Stelle der kritischen Erscheinungen unter den deutschen Genossen sah Pieck „die ungenügende Verbundenheit mit dem heroischen Kampfe des Sowjetvolkes – das wir sicher alle auf das heißeste lieben – vor dem wir den höchsten Respekt haben“.³³ Aber das reiche in dieser Zeit nicht aus. In diesem Kampfe des Sowjetvolkes gegen die „fasch.[istischen] Banditen“ gehe es „um das sozialistische Vaterland – um das höchste Gut aller Kommunisten – ja, um die Sache der Menschheit“.³⁴ Hier könne kein Kommunist sich nur als „Sympathisierender“ und „Beschauer“ zeigen, hier müsse er als „aktiver Kämpfer“ sich einschalten.³⁵ Viele der deutschen Genossen wußten zu wenig von diesem heroischen Kampf des Sowjetvolkes, nicht nur, weil sie, wegen Sprachschwierigkeiten, wenig oder gar nicht die russische Presse verfolgten, sondern „weil sie diesen Kampf nicht als den ihrigen ansehen, für den sie ebenso verantwortlich sind wie jedes Mitglied der RKP[B] [d.h. der russischen Partei]“.³⁶ Die deutschen Genossen fühlten sich eben doch mehr verantwortlich gegenüber dem deutschen Volke – als Mitglieder der KPD für die Aufgaben, die in Deutschland zu lösen seien. Das sei gewiß auch unbedingt notwendig, davor dürfe aber, was leider bei den meisten deutschen Genossen der Fall sei, die Verantwortung gegenüber dem Kampfe des Sowjetvolkes nicht zurücktreten.³⁷ Pieck verurteilte eine aus solchen Zusammenhängen resultierende weitere „schlechte Erscheinung“, nämlich daß sich die Genossen hier in der Sowjetunion als „Emigranten“ fühlten (was sie in den kapitalistischen Ländern auch seien).³⁸ Solcher Haltung setzte er ein normgeben-

30 Ebd., Bl. 171.

31 Vgl. ebd., Bl. 172 u. 171.

32 Vgl. ebd.

33 Ebd.

34 Ebd.

35 Ebd.

36 Vgl. ebd.

37 Vgl. ebd., Bl. 172 f.

38 Vgl. ebd., Bl. 173.

des Selbstverständnis entgegen, das die spannungsvolle Doppelrolle der Akteure zu fassen suchte: „Aber wir sind hier keine Emigranten, sondern Kommunisten im sozialistischen Vaterland – ohne daß wir damit aufhören, Deutsche zu sein. Aber wir sind eben Deutsche, weil wir als deutsche Kommunisten die Verbindung mit unserem deutschen Volk halten, um es zu befähigen, sich von der Hitlerbande zu befreien und ein sozialistisches Deutschland zu schaffen – um den Sozialismus weiter auf dem Erdball zu verbreiten. Unser ganzes Fühlen und Denken ist aber in erster Reihe mit dem Sowjetvolke verbunden – denn das sind wir auch – als Kommunisten.“³⁹

Ein weiterer negativer Schwerpunkt wurde im Verhalten der deutschen Parteikader zum Faschismus ausgemacht. In besonders zugespitzten Äußerungen einzelner Kontrahenten war ihnen in den polemischen Debatten unterstellt worden, „kein[en] wirklich[en] tief[en] Haß gegen den Faschismus“, „keine innere klare Abgrenzung“ und „kein[en] ernst[en] Willen zum Kampf“ gegen den Faschismus zu zeigen.⁴⁰ Ihre Agitation sei dadurch gekennzeichnet, daß zu ruhig, langweilig und zu sachlich geurteilt werde.⁴¹ Pieck hielt deswegen eine kritische Selbstprüfung der deutschen Funktionäre für erforderlich, um den Ursachen eines derartigen Erscheinungsbildes auf die Spur zu kommen. Er hob die „besondere Verantwortung“ und die zugleich „schwere Belastung“ der deutschen Genossen hervor, darin begründet: aus dem Lande zu kommen und seine Sprache zu sprechen, in dem die Faschisten den Namen eines Deutschen zum Schandwort gemacht, und nicht verhindert zu haben, daß die Mehrheit des deutschen Volkes ihre Verbrechen unterstützt und dabei mitgemacht habe.⁴² Auch war davon die Rede, daß die KPD-Emigranten den Kampf gegen den Faschismus in Deutschland seit langem nicht mehr am eigenen Leibe erfahren hatten, sich also nicht auf eine konkrete politische Praxis im Lande berufen konnten. Die Frage des Hasses und des Kampfes gegen den Faschismus sei aber vor allem eine politische Frage. Dabei war es Pieck nicht so sehr um „Schimpfworte“ im Hinblick auf die Agitationsarbeit zu tun, sondern um „Argumentation“. Ausdrücklich bezog er sich auf die „Schandtaten des Faschismus in bes.[etzten] Gebieten“.⁴³ Pieck verwies auch auf die unterschiedlichen Voraussetzungen und Erwartungen beim Auftreten der deutschen Kommunisten im sowjetischen Auslandsradio (Inoradio) einerseits und der Agitation im Deutschen Volkssender andererseits, der sich als Stimme einer inneren (nicht allein kommunistischen) Opposition in Deutschland ausgab.⁴⁴ Zur Sprache kam weiter die notwendige Rücksichtnahme auf die internationale Lage und die Stellung der Sowjetunion im Kriegsbündnis mit den Westmächten sowie das damit für die KPD verbundene Problem, „noch nicht für [die] prol[etarische] Revolution“ agitieren zu können, „aber doch [einen] Ausweg“ aus der entstandenen Lage zu finden.⁴⁵ Natürlich ermahnte Pieck, dem unmittelbaren Anlaß der Zusammenkunft entsprechend, die Teilnehmer besonders zu politischer „Standhaftigkeit“, die in schwieriger Lage kein Schwanken kennt, und zu der gebotenen „Wachsamkeit“, um die Sowjetunion „vor Feinden u. ihren Werkzeugen (zu schützen)“.⁴⁶ In jedem Gespräch, jedem Wort und jeder Handlung

39 Ebd.

40 Ebd., Bl. 172.

41 Vgl. ebd., Bl. 173.

42 Vgl. ebd., Bl. 174.

43 Vgl. ebd., Bl. 173.

44 Vgl. ebd., Bl. 175.

45 Vgl. ebd.

46 Vgl. ebd., Bl. 174.

müsse man sich der hohen Verantwortung bewußt sein.⁴⁷ In diesem Zusammenhang wurde auch die von Sowjetorganen geübte Praxis beanstandet, daß arbeitsfähige KPD-Mitglieder und ihre jugendlichen Angehörigen „mit sowjetfeindlichen Elementen zusammen“ in Arbeitslager eingezogen worden waren.⁴⁸ Auch nach Gründen für den entstandenen Eindruck der „Überheblichkeit und Abgeschlossenheit der dtsh. Gen.[ossen] gegenüber den Gen.[ossen] der Bruderparteien“ wurde gefragt.⁴⁹ Verschiedentlich war von Mitgliedern der Bruderparteien gar angedeutet worden, die deutschen Apparatkollegen seien in Chauvinismus und Rassendünkel befangen, bzw. sie zeigten eine unentwickelte Bereitschaft, sich mit solchen Erscheinungen im deutschen Volk auseinanderzusetzen.⁵⁰ Pieck rügte Haltungen der „Besserwisserei“ und eines zur Schau getragenen „Organisationsstolz[es]“ der deutschen Kader ebenso wie „wenig pol.[itisches] Taktgefühl“ gegenüber Mitgliedern der anderen Parteien.⁵¹ Die letztgenannte Mahnung zielte wohl insbesondere auf das erwartete Verständnis für die innersowjetische „Haßpropaganda“ gegen die deutschen Okkupanten, die nötig sei, um den Faschismus zu vernichten.⁵² Als besonderer Kritikpunkt im Sündenregister, das den deutschen Kommunisten präsentiert wurde, erschienen nicht zuletzt ihre Unzufriedenheitsbekundungen angesichts kriegsbedingter Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten im Lebensalltag. Pieck monierte, daß es „oft Meckerei über gewisse Dinge“ gebe, obwohl man in der Komintern „gut versorgt“ werde. Er verwies auf die großen Opfer, die das Sowjetvolk bringe, und mahnte bei den Versammelten „Opferbereitschaft“ und „Solidarität“ für die Rote Armee an.⁵³ Selbstverständlich wurden auch eine hohe Arbeitsdisziplin in der Komintern und ein entsprechendes Engagement in der gesellschaftlichen Tätigkeit eingefordert.⁵⁴

In dem Bemühen, Hintergründe für die besondere und schwierige Lage der deutschen Kommunisten zu benennen, verwies Pieck auf die fast ein Jahrzehnt währende Trennung von Deutschland, eine Zeit, in der „große Veränderungen“ vor sich gegangen seien, und auf die besonders durch den Krieg bewirkte Loslösung vom Lande, aber auch von der „Kontrolle der Parteiorganisation“. In diesem Zusammenhang fiel das Stichwort „Verspießerung“.⁵⁵ Pieck sprach von der „Kompliziertheit unserer Politik“ und erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß viele Genossen den Nichtangriffspakt nicht verstanden hätten.⁵⁶ Auch die notwendige Sorge der Parteiführung für die Kader gestalte sich jetzt schwierig, weil unter den Umständen des Krieges die Verbindungen nicht normal seien.⁵⁷ Als praktische Konsequenz, die die KPD-Führung aus der vorgetragenen kritischen Analyse zog, nannte Pieck vor allem drei Aufgaben: die an-

47 Ebd.

48 Vgl. ebd. Die KPD-Führung hatte am 2. Oktober 1942 beschlossen, sich an Dimitroff mit dem Vorschlag zu wenden, „a) daß alle Mitglieder der KPD und solche Jugendliche, gegen die nichts vorliegt, auf dem Wege über die NKWD bei der Lagerverwaltung rekommandiert werden; b) diese Genossen auf solche Arbeitskommandolager zu überführen, wo sie nicht mit sowjetfeindlichen Elementen gleichgestellt werden“.

49 Vgl. ebd., Bl. 172.

50 Vgl. ebd., Bl. 173.

51 Vgl. ebd.

52 Vgl. ebd., Bl. 175 und 174.

53 Vgl. ebd., Bl. 173 und 174.

54 Vgl. ebd., Bl. 174.

55 Vgl. ebd., Bl. 175.

56 Vgl. ebd.

57 Vgl. ebd.

gekündigten Informationszusammenkünfte zur Lage in Deutschland und zur Arbeit der Partei, die Organisierung der politischen Schulung mit Hilfe der Parteiorganisation der Komintern – so war von einem Zirkel zum Studium der Lenin-Biographie die Rede – und die weitere Sorge für die Funktionäre.⁵⁸ All dies gehörte also zu den Lehren und Schlußfolgerungen der KPD-Führung, die das Bild des deutschen Funktionärskörpers in den Augen seiner Kritiker wieder in einem günstigeren Lichte erscheinen lassen sollten.

Welche Diskussion sich an die ausgreifenden Einlassungen Piecks anschloß, läßt sich aus seinen flüchtigen Notizen nur spärlich ablesen.⁵⁹ Offenbar lief aber das unter den Bedingungen Stalinschen Terrors eingeschliffene Kritik- und Selbstkritik-Ritual ab, das indes im vorliegenden Falle nicht wenigen Teilnehmern besonders unter die Haut gegangen sein mag. Lotte Kühn, Lebensgefährtin von Walter Ulbricht, stellte sogleich die Frage, ob Ackermann, der verantwortliche Chefredakteur des Deutschen Volkssenders, die Fälle Hedeler und Dröll nicht schon früher hätte entdecken können. Eine andere Stimme meinte, jeder deutsche Genosse hätte aufpassen sollen. Ackermann kritisierte das zu „liberalistisch[e]“ Verhalten gegenüber der „Entartung“ – sein eigenes vermutlich eingeschlossen – und bemängelte zugleich, daß die deutschen Genossen sich nicht als Kollektiv zeigten. An Apelt, der sein Bekenntnis abliefern, aus dem Fall gelernt zu haben, erging noch der Vorwurf, er habe sich in seiner Arbeit oft „fasch.[istischer] Zitate“ bedient. Es war auch die Rede davon, daß mancher Genosse sich ein bequemes Leben eingerichtet habe. Fritz Schälike stellte die Frage nach dem Verhältnis zur österreichischen Parteiführung, das offensichtlich einen negativen Anteil an den ganzen Auseinandersetzungen hatte. Ulbricht konstatierte, daß alle drei mit dem Parteiausschluß endenden Fälle ihre Vorzeichen gehabt hätten. Er sprach von der „Überheblichkeit“ Herbert Wehners, der gegen Kritik empfindlich gewesen sei, und plädierte für die notwendige Rolle von Kritik und Selbstkritik in der weiteren Arbeit.

In der anderen Versammlung, der vom 19. November 1942 mit den bei verschiedenen Sowjetinstitutionen tätigen deutschen Kommunisten, scheint in der Diskussion eine Reihe anderer Probleme angesprochen worden zu sein, wie aus den vermutlich für seine Schlußbemerkungen gefertigten knappen Notizen Piecks hervorgeht. Immerhin war auch die Frage nach „Mängel[n] bei russischen Genossen“ und nach mangelhaftem Kontakt mit ihnen berührt worden und wohl ebenso Ilja Ehrenburgs befremdliche propagandistische Gleichung Deutscher = Faschist kritisch ins Gespräch geraten.⁶⁰

Die Auseinandersetzung mit den deutschen Kommunisten, die in den beiden Versammlungen mit Pieck in deren kollektive Selbstkritik umgemünzt wurde, war offensichtlich nicht von heute auf morgen auf die Tagesordnung gelangt, wenn auch die besagten Fälle zu ihrem Auslöser wurden. Sie war, wie nachfolgend in einem skizzenhaften Rückblick zu zeigen sein wird, längerfristig herangereift. Diese Auseinandersetzung entwickelte sich als Bestandteil übergeordneter Vorgänge und Zusammenhänge und in gewissem Maße auch verschränkt mit den Selbstprüfungen und eigenen Gewissenskonflikten der deutschen Kommunisten, mit den Umorientierungen in ihrem Denken und ihrer Propagandaarbeit. Und sie vollzog sich vor einem konkreten Hintergrund, der bei sowjetrussischen Kominternfunktionären wie auch bei Exponenten aus einigen anderen Parteien aufgestaute Spannungen, im Verhältnis zu den deutschen Kommunisten nun in offener oder offizieller Gestalt zum Ausdruck kommen ließ.

58 Vgl. ebd.

59 Vgl. zu allen folgenden Angaben über den Diskussionsverlauf ebd., Bl. 176.

60 Vgl. ebd., Bl. 180.

Kommunist und Deutscher sein – Konfliktfelder und Wechselbäder 1941/42

Eine schwere und dauerhafte Hypothek lastete auf der KPD und ihrem Funktionärskörper natürlich schon seit der Niederlage von 1933. Nicht allein, daß es der Partei nicht gelungen war, mit forschenden Parolen von „Sowjetdeutschland“ und der „proletarischen Weltrevolution“ in Europa neue Horizonte zu eröffnen. Sie hatte es auch nicht vermocht, den Machtantritt der Nationalsozialisten zu verhindern. Ausgeblieben waren dann nachhaltige Erfolge der Einheits- und Volksfrontpolitik, wie sie vom VII. Weltkongreß der Komintern 1935 konzipiert und von der KPD auf der anschließenden „Brüsseler Konferenz“ näher bestimmt worden war. Für diese von der Komintern nur halbherzig und inkonsequent verfolgte Politik war spätestens mit Beginn des Zweiten Weltkrieges das endgültige Aus gekommen. Der reale Gang der Ereignisse in Europa war nicht dazu angetan gewesen, noch auf dem Kampfplatz Deutschland kurzfristig entscheidende Veränderungen zu erwarten. Zugleich betrafen die massiven Verfolgungen und Repressionen, die in der Sowjetunion besonders in den Jahren von 1936 bis 1938 eskalierten, auch zahlreiche ausländische Kommunisten. Die Mitglieder der deutschen Partei hatten in besonderem Maße unter der sich ausbreitenden Atmosphäre des Mißtrauens und der Spionagehysterie zu leiden. Der Blutzoll den sie entrichteten, fiel sehr hoch aus.⁶¹ So waren bis zum 28. April 1938 bei der Deutschen Vertretung beim EKKI 842 deutsche Kommunisten als verhaftet gemeldet, was den erschreckenden Anteil von über siebenzig Prozent an der Gesamtzahl der in der Sowjetunion registrierten KPD-Mitglieder bedeutete. Dabei waren die als Mitglieder der KPdSU eingetragenen deutschen Emigranten nicht eingerechnet.⁶² Unter den Opfern des stalinistischen Terrors befanden sich die Angehörigen der Parteiführung vor 1933 Schubert, Schulte, Eberlein und Remmele.⁶³

Erst recht nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion schlug die Feindpropaganda mit ihren Klischees auch auf die deutschen Kommunisten durch. Sie standen damit nicht nur vor neuen Selbstprüfungen, sondern sahen sich zumindest unterschwellig mit Ressentiments sowjetischer und anderer Kominternfunktionäre konfrontiert. In der frühesten Phase des Kriegsgeschehens waren freilich von der KPD-Führung, in vollem Einklang mit den Äußerungen Stalins, noch Illusionen und verklärende Sichtweisen in bezug auf die zu erwartende Haltung breiter Schichten des deutschen Volkes zu der Aggression und ihren drohenden Folgen genährt worden – sei es aus Selbsttäuschung oder aus Zweckpropaganda. In seiner ersten Rundfunkrede nach Kriegsbeginn, am 3. Juli 1941, hatte Stalin noch erklärt: „In diesem großen Krieg werden wir treue Verbündete an den Völkern Europas und Amerikas haben, darunter auch

61 Christa Wolf überliefert eine Äußerung Willi Bredels, der bei einem Moskau-Besuch während des gemeinsamen Ganges durch die einstige Stadt seiner Emigration erzählte, wie die deutschen Genossen während der Stalinschen Säuberungen „einander abends anriefen, um zu hören, ob der andere sich noch meldete, und dann schweigend den Hörer wieder auflegten“ (nach: Wolf, Christa: Hierzulande. Andernorts. Erzählungen und Texte. München 1999, S. 20).

62 Vgl. Bericht von Paul Jäkel vom 29. April 1938 an das ZK der KPD, Russisches Zentrum zur Aufbewahrung und Erforschung der Dokumente der neuesten Zeit Moskau (EZA), 495/292/101, Bl. 13–18, hier wiedergegeben nach Müller: Die Akte Wehner, S. 150 f.

63 Zur Verfolgung deutscher Kommunisten in der Sowjetunion vgl. In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR. Berlin 1991; Hedeler, Wladislaw: Chronik der Moskauer Schauprozesse 1936/1937 und 1938. Planung, Inszenierung und Wirkung. Berlin 2003; Hedeler, Wladislaw (Hrsg.): Stalinscher Terror 1934–1941. Berlin 2004; Weber, Hermann/Mählert, Ulrich (Hrsg.): Terror: Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953. Paderborn u.a. 1998, darin: Müller, Reinhard (unter Mitwirkung von Natalija Mussijenko): „Wir kommen alle dran“. Säuberungen unter den deutschen Politemigranten in der Sowjetunion (1934–1938), S. 121–166.

am deutschen Volk, das von den faschistischen Machthabern versklavt ist.“⁶⁴ Und Pieck hatte in einem Artikel vom 7. Juli 1941 in der russischsprachigen Ausgabe der Zeitschrift *Die Kommunistische Internationale* konstatiert: „Zwischen Hitler und seiner Verbrecherclique und dem deutschen Volk gähnt eine unendliche Kluft.“ Er hatte einen „ständig wachsend[en] Haß gegen das faschistische Regime“ sehen wollen, um daran die pathetische Prognose anzuschließen: „Mit jedem Tag werden alle Elemente der Unzufriedenheit und der Empörung über das faschistische Regime immer stärkere Zuversicht, Kühnheit und Mut finden. Zum erstenmal eröffnet sich den deutschen Volksmassen als reale Perspektive, als Sache ihrer eigenen Hände, die Hoffnung auf Befreiung aus den Klauen des Hitlerregimes, auf den Sturz des Faschismus durch Vereinigung ihrer Kräfte mit den Kräften der großen Roten Armee.“⁶⁵

Die hier zutage tretenden Illusionen, sowohl in der sowjetischen Propaganda als auch unter den deutschen Emigranten, bestätigt auch Wolfgang Leonhard in seinem bekannten Erinnerungsbuch. Er erwähnt unter anderem, daß die deutschen Überläufer aus den ersten Kriegstagen in der Sowjetpropaganda besonders stark herausgestellt wurden und sowjetische Dienststellen damals große Hoffnung auf eine propagandistische Beeinflussung der deutschen Truppen hegten.⁶⁶ Und im späten Rückblick Ilja Ehrenburgs auf die Ereignisse stellt es sich so dar: „Doch während wir Stadt um Stadt räumten, bekam ich mehr als einmal von Rotarmisten zu hören, die Soldaten des Gegners seien ja nur von Kapitalisten und Gutsherren auf uns losgehetzt worden, außer dem Deutschlands Hitlers gäbe es noch ein anderes Deutschland, und wenn die deutschen Arbeiter und Bauern die Wahrheit erführen, würden sie die Waffen fortwerfen. Viele glaubten im Ernst daran, andere hörten gern solchen Reden zu, denn die Deutschen rückten ungestüm vor, und der Mensch hofft alle Zeit nur zu gern.“⁶⁷

Um so größere Enttäuschung und Ernüchterung mußte sich bald breitmachen, als realiter ernsthafte und wirksame Widerstandsaktionen der deutschen Arbeiterschaft und anderer oppositioneller Kräfte ausblieben und ebensowenig eine beträchtliche Zahl von Überläufern an der Front oder Deserteure in der Heimat zu verzeichnen war. Statt dessen beschworen die Vorstöße der deutschen Armeen im Verlaufe weniger Wochen und Monate eine denkbar große Gefahr für das Land herauf, als die Wehrmacht im September 1941 Leningrad und Mitte Oktober die sowjetische Hauptstadt unmittelbar bedrohte. Damit war zugleich das Vertrauen in die tatsächliche Kampffähigkeit der KPD und in ihre noch bestehenden realen Handlungsmöglichkeiten erschüttert und die Hoffnung enttäuscht, daß die deutschen Kommunisten noch einen entscheidenden Einfluß auf das Denken und Verhalten breiterer Schichten des deutschen Volkes ausüben könnten. Als Aktivposten an der illegalen Front, der den Kampf der Sowjetunion und ihrer Roten Armee wirkungsvoll hätte unterstützen können, kamen sie jedenfalls vorderhand nicht in Betracht.

Als ungünstig für das Bild der Deutschen in der sowjetischen Öffentlichkeit wirkte sich aber auch noch eine weitere Entwicklung aus. Angesichts der rasch näher rückenden Front wurde eine Reihe von Erlassen herausgegeben, die die Zwangsumsiedlung aller Personen deutscher Nationalität vorsahen. Dabei galten für deutsche Emigranten in den betreffenden Gebieten die gleichen Anweisungen wie für die Rußlanddeut-

64 Stalin: Über den Großen Vaterländischen, S. 13.

65 Pieck, Wilhelm: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. VI: 1939 bis Mai 1945. Berlin (Ost) 1979, S. 77 f. bzw. 81 f.

66 Vgl. Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder. Leipzig 1990, S. 131 bzw. 133.

67 Ehrenburg, Ilja: Menschen Jahre Leben. Memoiren, Bd. III. Berlin (Ost), 1978, S. 25.

schen.⁶⁸ Es begann mit der Verschickung der Deutschen von der Krim Mitte August 1941. Ein Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 28. August 1941 „über die Umsiedlung der im Wolgagebiet ansässigen Deutschen“⁶⁹ bestimmte die faktische Auflösung der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen und die Umsiedlung von knapp 450 000 Menschen. Die Maßnahme wurde damit begründet, daß sich nach „zuverlässigen Angaben unter der ansässigen deutschen Bevölkerung Tausende und Abertausende“ Diversanten und Spione befänden, „die auf ein Zeichen aus Deutschland hin [...] Sprengungen vornehmen sollen“.⁷⁰ Es folgte eine Reihe weiterer Verfügungen zur Aussiedlung der Deutschen aus den sowjetischen Westgebieten (u.a. 30.8.1941: Leningrad; 6.9.1941: Moskauer Gebiet;⁷¹ 2.9.1941: Stalingrad) und schließlich auch aus den Republiken Aserbaidshan, Armenien und Georgien (8.10.1941). Die Zahl der insgesamt von diesen Anordnungen betroffenen Deutschen betrug nach Tischler ungefähr eine Million Menschen.⁷²

Die an die eigenen Landsleute gerichtete Propaganda der deutschen Kommunisten erhielt nach dem Verlust der anfänglichen Illusionen einen immer stärker eindringlich warnenden Charakter. Es wurde versucht, das Bewußtsein der Mitverantwortung für den vom Hitlerregime geführten Raub- und Vernichtungskrieg zu wecken. Unter Hervorhebung der Mitschuld an den Kriegsverbrechen forderte die KPD-Propaganda die Deutschen nachdrücklich zu aktivem Widerstandshandeln auf. Beredten Ausdruck fand das in dem von der KPD-Führung gemeinsam mit der Kominternspitze vorbereiteten und von Stalin persönlich redigierten „Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands“ an das deutsche Volk und die deutsche Armee, der mit Datum „Anfang Oktober“ am 15./16. des Monats in der Sowjetunion über Rundfunk und Presse verbreitet wurde.⁷³ „Deutsche Arbeiter!“ hieß es darin, „ist es nicht eine Schande für Euch, daß Ihr Hitler nicht daran hindert, Krieg gegen das einzige sozialistische Land der Welt zu führen, daß Ihr in den Betrieben Waffen gegen das Land schmiedet, wo die Arbeiter und Bauern die Herren sind? Versteht Ihr nicht, daß Ihr damit eine noch schlimmere Knechtschaft für Euch selbst schmiedet?“ Beschworen wurden die Folgen, zu denen der verhängnisvolle Weg des Hitlerregimes das deutsche Volk führen werde: die sinnlose und verbrecherische Aufopferung deutscher Soldaten, der sich erhebende Haß der Völker gegen Deutschland, die unvermeidliche Niederlage Hitlers gegen die Front der drei größten Weltmächte, der Sturz in die nationale Kata-

68 Vgl. hierzu Tischler: *Flucht in die Verfolgung*, S. 178 f.

69 Abgedruckt in: Schippan, Michael/Striegnitz, Sonja: *Wolgadeutsche. Geschichte und Gegenwart*. Berlin 1992, S. 233 f.

70 Vgl. ebd., S. 233.

71 Wie aus dem damaligen Briefwechsel Alfred Kurellas mit seiner Ehefrau Elfriede Cohn-Vossen hervorgeht, erfolgte die faktische Aussiedlung der Deutschen aus Moskau vom 10. bis 13. September 1941; vgl. Kurella, Alfred/Cohn-Vossen, Elfriede: *Der Traum von Ps'chu*, Ein Ehe-Briefwechsel. Hrsg. von der Akademie der Künste der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin (Ost)/Weimar 1984, S. 104.

72 Tischler: *Flucht in die Verfolgung*, S. 179.

73 SAPMO-BArch, ZPA, Ny 4036/554, Bl. 19–22. Zur Entstehung des Dokuments vgl. DimTgb, 13.10/14.10./15.10.1941. Als Unterzeichner waren die Namen von acht ZK-Mitgliedern bzw. ZK-Kandidaten sowie von drei weiteren Funktionären angegeben, neben den vier Moskauer Führungskräften drei weitere in der Sowjetunion lebende Kader sowie in Schweden (3) und in Holland (1) illegal oder halblegal arbeitende Funktionäre (wie Herbert Funk = Herbert Wehner), zu denen unter den gegebenen Umständen ein konsensbildender Kontakt faktisch nicht möglich war. Im Zusammenhang mit der Erstveröffentlichung des Aufrufs in der *Prawda* wurde mitgeteilt, dieser sei in deutscher Sprache bei dem gefallenem deutschen Unteroffizier Stolz gefunden worden.

strophe, die Gefahr der Zerschlagung und Aufteilung des deutschen Reiches, die Auferlegung der Europa und der Sowjetunion zugefügten Kriegsschäden. Und weiter hieß es warnend: „Wehe unserem Volke, wenn wir unser Schicksal bis zum bitteren Ende mit dem Schicksal Hitlers verbinden, wenn wir nicht selbst Ordnung in unserem Lande schaffen und es den anderen Völkern überlassen, Europa von der faschistischen Pest zu säubern.“ Als rettende Konsequenz aus der unheilswangeren Situation wurde die Beendigung des Krieges gefordert und zum Sturze Hitlers und seiner Bande als elementarer Voraussetzung dafür aufgerufen. Als Perspektive der Befreiung vom Terrorregime Hitlers wurde die „Schaffung eines Deutschlands, das endlich in Frieden leben kann und wo der wirkliche Wille des Volkes entscheiden wird“, verkündet, eines einheitlichen, unabhängigen Deutschlands.⁷⁴

Am selben Tag noch dem 15. Oktober 1941, als der KPD-Aufruf in Moskau zuerst verbreitet wurde, mußten die Führungsspitzen des EKKI und sukzessive der gesamte Apparat der Komintern wegen der bedrohlich näher rückenden Front und der Gefahr der Einkesselung in ziemlicher Hektik nach Ufa evakuiert werden.⁷⁵ Dort traf man auf zunächst ungeordnete und auf Dauer erschwerte Lebensverhältnisse. Die gefahrvolle und belastende Situation mag wohl bei allen Beteiligten Nervosität und mancherlei Gereiztheiten begünstigt haben. Vor allem durch die entstandene militärische Gesamtkonstellation, aber auch durch die sowjetische Propaganda, die gegenüber den Soldaten der Roten Armee und den eigenen Bürgern immer stärker die unerbittliche Vernichtung des Feindes hervorkehrte. In seiner Rede vom 6. November 1941 auf der Festsitzung des Moskauer Sowjets zum 24. Jahrestag der Oktoberrevolution erklärte Stalin: „Von nun an wird es unsere Aufgabe [...] sein, alle Deutschen, die in das Gebiet unserer Heimat als Okkupanten eingedrungen sind, bis auf den letzten Mann zu vernichten.“ Stalin gab die Losung aus: „Keine Gnade den deutschen Okkupanten! Tod den deutschen Okkupanten!“ Ohne indes auf die an sich fragwürdigen zweckpropagandistischen Einschätzungen zu verzichten, im deutschen Volke sei „ein tiefgehender Umschwung gegen die Fortsetzung des Krieges, für die Beendigung des Krieges eingetreten“ und „auch das deutsche Hinterland der deutschen Truppen“ stelle einen „Vulkan“ dar, „bereit auszubrechen und die hitlerschen Abenteurer zu begraben“.⁷⁶ Aus Ehrenburgs Feder aber kam der Aufruf im Umlauf: „Töte den Deutschen“.⁷⁷

Zu den bereits vorhandenen Gründen für den Haß auf die deutschen Aggressoren und Eroberer trat im Kriegsverlauf ein weiteres Motiv hinzu und gewann fortan offensichtlich eine besondere Relevanz: die Empörung über die bekanntgewordenen Untaten und Verbrechen der Deutschen – von Einheiten der SS, von Einsatzgruppen des Sicherheitsdienstes sowie der Sicherheits- und Ordnungspolizei und von der Wehrmacht – in den besetzten Gebieten der Sowjetunion wie auch in anderen okkupierten Ländern. Berichte und Zeugnisse einer brutalen Besatzungspraxis erreichten die sowjetische Öffentlichkeit: von der massenhaften Vernichtung und Deportation jüdischer

74 Obgleich der soziale Charakter dieses Zukunftsstaates nicht explizit als antikapitalistisch oder sozialistisch im Sinne der eigenen Ideologie bestimmt, sondern mit gewohnten propagandistischen Vokabeln umschrieben wurde („ohne die Herrschaft plutokratischer Räuber und faschistischer Banditen“, „ohne Arbeitslosigkeit“ und „wo nicht mehr der schreiende Widerspruch zwischen dem unermesslichen Reichtum der einen und der schrecklichen Armut der anderen bestehen wird“), war die entsprechende Zielstellung unverkennbar.

75 Nur eine kleine Verbindungsgruppe verblieb in Moskau. Dimitroff ging zunächst nach Kujbyschew, wo die evakuierte Sowjetregierung ihren Sitz nahm, und später ebenfalls nach Ufa.

76 Stalin: Über den Großen Vaterländischen Krieg, S. 31 bzw. 34.

77 Ehrenburg: Menschen Jahre Leben, S. 27.

Menschen, von Geislerschießungen, von der Liquidierung kommunistischer Funktionäre, von Deportationen zu Zwangsarbeit, von Raub und Zerstörung und der Schändung von Kulturstätten. In seinem Lebensbericht *Erinnerungen und Reflexionen* schrieb Ernst Fischer, seinerzeit ZK-Mitglied der KP Österreichs und Politémigrant in der Sowjetunion, über die Situation: „Das Kraftbewußtsein der Russen begann sich mit Haß zu panzern. [...] Anfangs weigerte sich das Volk, alle deutschen Grausamkeiten für wahr zu halten, die Massenmorde, die Folterungen, die Verschleppungen. Allmählich aber erfuhr man so viel und so Genaues, daß ein Zweifel nicht mehr möglich war und das Volk zu hassen lernte.“⁷⁸ Mit der Veröffentlichung der sogenannten Molotow-Note der Sowjetregierung vom 6. Januar 1942 über die Greuelthaten der Deutschen, die auf Befehl Hitlers in den besetzten Gebieten der Sowjetunion verübt wurden, wurde diese Problematik mit aller Schärfe auf die Tagesordnung gesetzt.

Die deutschen Kommunisten mußten sich vor sich selbst, vor ihren sowjetischen und vor den anderen ausländischen Kommunisten moralisch noch stärker belastet fühlen. Ihre propagandistische Mission wurde zusehends schwieriger: Bei aller Differenzierung zwischen breiten Schichten des deutschen Volkes und seinen nationalsozialistischen Machthabern war nun ohne Umschweife auszusprechen und anzuprangern, daß viele ihrer Landsleute sich als Werkzeug und Handlanger der Terrorakte mißbrauchen ließen oder sich mindestens duldsam verhielten. Und dabei durfte doch das imaginierte Band aus Gedanken und Sprache, aus Appell und Argumentation nicht aufgegeben werden, wenn die eigenen Propagandabotschaften noch einen Sinn machen sollten. Um an ihre verblendeten Landsleute heranzukommen, organisierte die KPD-Führung gemeinsam mit der Kominternführung eine sogenannte „Kundgebung von Politikern, Gewerkschaftsfunktionären und Schriftstellern Deutschlands“, die sich aus dem Exil an das deutsche Volk wandten.⁷⁹ Ihre auf den 25. Januar datierte Erklärung wurde am 30. Januar 1942 in der *Prawda* veröffentlicht. Knapp sechzig Personen waren, nach Gruppen geordnet, als Unterzeichner angegeben.⁸⁰ Ein ausdrücklicher Hinweis, daß es sich dabei fast ausschließlich um Emigranten aus der Sowjetunion handelte,⁸¹ unterblieb ebenso wie die explizite Bekanntgabe ihres politischen Standortes als Kommunisten und Sympathisanten der KPD. Sie sollten als repräsentative Stimme Gehör finden, die aus nationaler Verantwortung zur entschlossenen Tat gegen Hitler und seinen Eroberungskrieg aufrief.

Einleitend hieß es: „In tiefster Sorge um unser deutsches Volk, um seine Zukunft, um seine Ehre und seinen Bestand als große Nation, klagen wir Hitler an. Was hat dieser Henker aus unserem Deutschland gemacht? Die Heimat Goethes und Schillers, Bachs und Beethovens, Humboldts und Helmholtz', Hegels, Marx' und Engels', reich an Denkmälern der Kultur und Gesittung, einstmals in aller Welt geachtet durch die

78 Fischer, Ernst: *Erinnerungen und Reflexionen*. Berlin 1996, S. 446.

79 SAPMO-BArch, ZPA, Ny 4036/554, Bl. 27 f. „Kundgebung“ hier im Sinne von Willensbekundung/Manifest. Zur Entstehungsgeschichte vgl. DimTgb, 9.1./17.1./28.1./29.1./30.1.1942; vgl. auch Erler/Laude/Wilke (Hrsg.): „Nach Hitler ...“, S. 30–33.

80 Unter anderen die „Schriftsteller und Künstler“ Johannes R. Becher, Willi Bredel, Theodor Plivier, Adam Scharrer, Erich Weinert, Friedrich Wolf, Maxim Vallentin, Gustav [von] Wangenheim, Heinz Greif und Alex Keil, „ehemalige Abgeordnete“ wie Wilhelm Pieck, Wilhelm Florin, Walter Ulbricht, Edwin Hoernle und Gustav Sobottka sowie „Gewerkschaftsfunktionäre“ wie Anton Ackermann, Fritz Apelt, Irene Gärtner (= Elli Schmidt), Otto Lorenz (= O. Winzer) und Paul Wandel.

81 Wiederum wurden vereinzelte Namen illegal in Schweden bzw. Holland arbeitender Funktionäre kurzerhand mit auf die Liste gesetzt.

Tüchtigkeit, Rechtschaffenheit und schöpferische Arbeit seiner Gelehrten und Erfinder, seiner Arbeiter und Bauern, ist zu einer Räuberhöhle geworden, vom Haß und Abscheu der Völker umgeben. Die Hände unseres Volkes werden mißbraucht, um fremde Länder mit Feuer und Schwert zu verheeren, um Städte und Dörfer dem Erdboden gleichzumachen, um Mord, Raub und Knechtschaft durch ganz Europa zu tragen.“ Die Erklärung nahm Bezug auf die „Molotow-Note“, die als „die furchtbarste Anklageschrift gegen Hitler-Deutschland“ bezeichnet wurde. Alle schon in den anderen okkupierten Ländern begangenen Freveltaten, die einen Tag der bitteren Vergeltung heraufbeschwören würden, seien durch die grausamsten, planmäßigen Bestialitäten der faschistischen Henkersknechte in den besetzten Gebieten der Sowjetunion weit überboten. „Davor die Augen zu schließen oder sich schweigend damit abzufinden heißt, diese Verbrechen unterstützen. Auch wir sind überzeugt, daß viele deutsche Soldaten nicht so entartet sind, jede Bestialität mitzumachen. Aber wenn Millionen Deutsche an der Front und in der Heimat nicht den Mut haben, gegen diese Schandtaten aufzutreten – dann machen alle sich mitschuldig.“ Jeder Deutsche, der nicht ein Hitlerknecht, ein Feigling oder ein gleichgültiger Spießbürger sei, müsse jetzt die Kraft finden, ein Beispiel des Kampfes gegen Hitler, für die Rettung Deutschlands zu geben; und alle Deutschen müßten in diesem Kampf zusammenstehen. Die den Aufruf beschließenden Losungen forderten die Soldaten, die Arbeiter, die Bauern, die Frauen und die Jugend zu konkreten Widerstands- und Sabotagehandlungen und Formen der Verweigerung an der Front und in der Heimat sowie zur Bildung illegaler organisatorischer Gremien wie Soldaten- und Betriebskomitees auf.

Wie es manchem unter den deutschen Parteiaktiven nicht leichtgefallen sein mochte, angesichts der sowjetischen Enthüllungen und der sich daran anschließenden scharfen Attacken gegen die deutschen Okkupanten die von ihnen erwartete unnachsichtige Kampfposition gegenüber ihren Landsleuten zu finden und aktiv zu vertreten, daß sie sich in den Debatten über diese Fragen möglicherweise als Deutsche verletzt fühlten und zwischen ihnen und ihren sowjetischen und anderen Gesinnungsgenossen im Kominternapparat auch Mißstimmungen und Mißverständnisse aufkamen, davon zeugen bruchstückhafte Hinweise auf eine Parteiversammlung der EKKI-Mitarbeiter zur „Molotow-Note“ im Januar 1942 in Ufa. Bei Durchsicht des Protokolls der Zusammenkunft notierte Dimitroff jedenfalls am 4. Februar 1942 in sein Tagebuch: „Die Versammlung war schlecht vorbereitet. Das Parteikomitee hat nicht geführt. Schädliche Stimmungen machten sich breit. – Eine unverständliche Frage ist, ob das deutsche Volk in gleicher Weise wie Hitler für diese Greuelthaten verantwortlich zu machen ist.“ Und noch in der späteren Auseinandersetzung vom Oktober 1942 wurde vom sowjetischen Kominternfunktionär Ponomarjow kritisch daran erinnert, daß es in Ufa Beschwerden über das Auftreten deutscher Genossen – namentlich wurde Leitner (Georg Hansen), seinerzeit Chefredakteur des Deutschen Volkssenders, erwähnt – gegeben habe und daß das „nicht richtig kritisiert“ worden sei.⁸² Schließlich deutet eine weitere Eintragung Dimitroffs darauf hin, daß es auch im Verhältnis zwischen ihm und den KPD-Führungsleuten Störungen gab, wenn er am 27. Februar 1942, dem achten Jahrestag seiner Befreiung aus dem deutschen Gefängnis, eigens vermerkte: „Es ist bezeichnend, daß von den Deutschen aus diesem Anlaß keiner etwas unternommen hat!“

Zu dieser Zeit begann indessen schon ersichtlich eine neue Phase, nachdem die Rote Armee in der Winterschlacht vor Moskau den deutschen Truppen die erste schwere

82 Handschriftliche Aufzeichnungen W. Piecks: Aus Parteidiskussion (Fall Hed[e]ler) 27/28./29. Okt. [19]42, SAPMO-BArch, ZPA, Ny 4036/497, Bl. 183.

Niederlage bereitet und für einige Monate die Initiative an wichtigen Fronten gewonnen hatte. Die Sowjetführung und das EKKI nahmen Anlauf zu einem verstärkten Aktionismus, der auch die deutschen Kommunisten in der Sowjetunion einbegriff und der dem immer noch sehnlich erhofften Widerstandskampf in Deutschland entschiedenere Anstöße zu geben suchte. Der Aktivismus diente natürlich zuallererst dem Zweck, die erwartete Frühjahrsoffensive der Wehrmacht soweit als möglich zu unterminieren, zielte aber auch bereits auf eine weitere Perspektive. Immerhin vermerkte Dimitroff am 24. März 1942 im Tagebuch: „Man muß davon ausgehen, daß der Herbst die Entscheidung im sowjetisch-deutschen Krieg bringen wird.“ Dem Stalin-Befehl vom 23. Februar 1942 sollte bei den neuen Kalkulationen in bezug auf die Deutschen gewiß eine signalgebende Wirkung zukommen. Vielzitiert sind die Worte: „Es wäre [...] lächerlich, die Hitlerclique mit dem deutschen Volk, dem deutschen Staat gleichzusetzen. Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.“ Im gleichen Zusammenhang betonte Stalin, daß die Rote Armee keinen Rassenhaß gegen andere Völker, auch nicht gegen das deutsche Volk, hege und hegen könne, daß sie im Geiste der Gleichberechtigung aller Völker und Rassen, der Achtung der Rechte anderer Völker erzogen sei.⁸³ Die Losung „Tod und Vernichtung der deutschen Okkupanten“ wurde jetzt durch die Feststellung präzisiert: „Gewiß ist die Rote Armee vor die Notwendigkeit gestellt, die faschistischen deutschen Okkupanten zu vernichten, da sie unsere Heimat unterjochen wollen, oder wenn sie – eingekesselt von unseren Truppen – sich weigern, die Waffen zu strecken und sich gefangenzugeben. Die Rote Armee vernichtet sie, nicht weil sie deutscher Abstammung sind, sondern weil sie unsere Heimat unterjochen wollen.“⁸⁴

Die neue Tendenz, verstärkt auf eine mögliche Wirksamkeit der KPD und des innerdeutschen Widerstands zu setzen, zeigte sich unter anderem in der „Umstellung“ des Deutschen Volkssenders auf einen „mehr operativen, organisierenden Charakter“ (gemeint waren „Ratschläge“ und konkrete Beispiele für Sabotage, Streiks, Demonstrationen) sowie auf „mehr Popularisierung der KPD“.⁸⁵ Einen wachsenden Stellenwert erhielten Intentionen, die auf „aktivere Abwehr“ des Naziterrors und Handlungen bewaffneten Widerstands gerichtet waren.⁸⁶ Schließlich wurden in Zusammenarbeit mit sowjetischen Organen Vorbereitungen getroffen, um eine kleine Gruppe von Verbindungsleuten (Instruktoren) nach Deutschland einzuschleusen, welche die illegale Arbeit der KPD organisieren, Verbindungen im Lande knüpfen und den Funkkontakt gewährleisten sollten.⁸⁷ Das in dieser Phase neubelebte Interesse der sowjetischen Führung an der KPD und ihrer Führungsmannschaft bezeugt der nächtliche Anruf Stalins am 10. März 1942 bei Dimitroff in Ufa: „Es wäre gut, wenn Sie schon morgen mit einer Gruppe von Deutschen in der Stadt [d.h. in Moskau] wären“, und seine erneute Nachfrage am 19. März, wann die deutschen Genossen ankämen. Erst am späten

83 Stalin: Über den Großen Vaterländischen Krieg, S. 50.

84 Ebd., S. 51.

85 Handschriftliche Notizen W. Piecks: 31.1.[19]42 – Deutscher Volkssender, SAPMO-BArch, ZPA, Ny 4036/567, Bl. 121–123.

86 Handschriftliche Notizen W. Piecks: Deutsche Zusammenkunft 13.3.[19]42 in Ufa, ebd., Bl. 130–132, bes. Bl. 131 f.

87 Handschriftliche Notizen W. Piecks: Besprechung mit Instruktoren, 15.3.[19]42, ebd., Bl. 134 f. Der Einsatz erfolgte erst im Mai 1942 (Fallschirmabsprung über Ostpreußen) und endete mit einem Fiasko, da die Beteiligten von der Gestapo beschattet wurden. Vgl. hierzu Mammach, Klaus: Widerstand 1939/45. Berlin (Ost) 1986, S. 144, 146 f., 159 f. sowie Merson, Alan: Kommunistischer Widerstand im Nazi-Deutschland. Bonn 1999, S. 236, 239.

Abend des 26. März nach Moskau zurückgekehrt, wurde Pieck sogleich am folgenden Tag „wegen der Arbeit der deutschen Genossen“ zu Dimitroff geladen. Schon am 3. April 1942 legte die KPD-Führung, zum ersten Mal seit Beginn des Krieges Hitlerdeutschlands gegen die Sowjetunion, eine umfassende Einschätzung der Lage in Deutschland und des Zustands der KPD vor, verbunden mit Überlegungen für das weitere politische Vorgehen.⁸⁸

Das Papier konstatierte einen sich vollziehenden „starken Stimmungsumschwung in den Massen“, der gekennzeichnet sei durch „zunehmende Erregung und Angst vor der Niederlage, starke Kriegsmüdigkeit, Sehnsucht nach dem Frieden“ und die Vorstellung, „daß der Krieg gegen die SU das größte Unglück für das deutsche Volk ist“.⁸⁹ Die Analyse kam zu dem Schluß, der Kampf für den Sturz Hitlers trete jetzt in die entscheidende Etappe ein. Hitler beginne bereits, den Bürgerkrieg gegen das eigene Volk vorzubereiten, und „die bewaffneten Kämpfe (würden) unvermeidlich“. Dem deutschen Volk müsse mit aller Eindringlichkeit aufgezeigt werden, daß die Niederlage Hitlers notwendig sei und es nur durch dessen Sturz sich retten könne. Ausgehend von der Intention, den Stalin-Befehl vom Februar 1942 „zu einem politischen Durchbruch, zu einer Art Offensive des deutschen Volkes gegen Hitler (zu) gestalten“, wurde, in etwas naiv und unfertig anmutender Formulierung, die „Überlegung“ unterbreitet: „Wenn jetzt von der Seite des deutschen Volkes eine Art Angebot an Stalin gemacht würde, daß es bereit ist, Hitler zu stürzen und dem Krieg gegen die SU unter allen Umständen ein Ende zu machen, [verbunden mit der Frage,] welche Perspektiven dann für das deutsche Volk bestehen, daß es seine nationale Selbständigkeit behält, und auf dieses Angebot eine seinem Tagesbefehl entsprechende Antwort gegeben wird, so könnte das außerordentlich stark die Massen in Deutschland gegen Hitler und gegen den Krieg beeinflussen.“⁹⁰ Es folgte der auf den ersten Blick einigermaßen kühn erscheinende Vorschlag, zur Wahrnehmung der dargelegten Mission eine Konferenz der sechzig Unterzeichner des Aufrufs vom 25. Januar 1942 und von Vertretern der kriegsgefangenen deutschen Soldaten und Offiziere in der Sowjetunion zu organisieren. Ihr Leitgedanke: Hitler als Feind der deutschen Nation zu brandmarken und seinen Sturz als einzigen Ausweg zu kennzeichnen. Die Konferenz sollte „eine Delegation wählen, die zu Stalin geht, um ein solches Angebot zu unterbreiten und seine Antwort auf das Angebot entgegenzunehmen“. Darauf Bezug nehmend, sollten die Versammelten dann „einen Anklageakt gegen Hitler formulieren und das deutsche Volk zur Vollstreckung des Urteils an Hitler aufrufen“.⁹¹ Zur Organisation und Führung des Kampfes war vorgesehen, auf der Konferenz einen Ausschuß zur Vorbereitung eines „Nationalkomitees“ oder gegebenenfalls auch bereits ein derartiges Komitee zu wählen, dem Vertreter der Einheit des deutschen Volkes innerhalb und außerhalb des Landes angehören sollten. Das Nationalkomitee war als „das führende Organ des Kampfes für die Beendigung des Krieges und die Befreiung Deutschlands vom Hitleismus, für die Schaffung eines neuen Deutschlands“ gedacht. Die KPD-Führung fügte auch einen Textvorschlag für das zu beschließende Programm für die Arbeit des Komitees bei, „gewissermaßen das Programm des neuen Deutschlands“, nebst einer von den Kommunisten abzugebenden kurzen Erklärung, welche die notwendige „Einigung

88 Bericht über Deutschland, 3.4.[19]42, SAPMO-BArch, ZPA, Ny 4036/542, Bl. 2–19 sowie Begleitschreiben Piecks an Dimitroff vom 3.4.[19]42, ebd., Bl. 1a.

89 Ebd., Bl. 2.

90 Ebd., Bl. 12.

91 Ebd.

aller Hitlergegner“, die „Schaffung einer breiten deutschen Friedens- und Freiheitsfront“ auf der Basis der gemeinsamen unmittelbaren Forderungen und Ziele betonte, ohne weitergehende programmatische Forderungen erheben zu wollen. „Das neue Deutschland“, so sollte verkündet werden, „wird ein freiheitlich-demokratisches Deutschland sein. Das ist noch nicht der Sozialismus, wie er in der Sowjetunion verwirklicht ist.“⁹² In jedem Falle stellten diese konzeptionellen Überlegungen einen ersten Denkanstoß in der Richtung dar, durch die Schaffung eines deutschen Gremiums scheinbar repräsentativer Art seitens der Sowjetunion und der KPD einen bestimmten Einfluß auf die Art und Weise eines Friedensschlusses und die künftige Gestaltung der deutschen politischen Landschaft zu gewinnen. Der Anschein von Kühnheit jedoch, der dem Projekt der Konferenz und deren institutionellen Folgerungen anhaftete, relativiert sich angesichts der im Begleitschreiben Piecks an Dimitroff vom 3. April 1942 apostrophierten Zweckbestimmung der Ausarbeitung: „für die von Dir in Aussicht gestellte Beratung (mit Stalin)“.⁹³ Das Faktum zeigt, welche Rolle der KPD und einer erhofften deutschen Opposition von der sowjetischen Führung in einer temporären Situation des Krieges zugemessen wurde. Indessen sollte nicht verkannt werden, daß hier wohl auch authentische eigene Überlegungen der KPD-Führer, welche die Gunst der Stunde zu nutzen suchten und vermutlich im Einklang mit Dimitroff handelten, in den Konnex der Ausarbeitung einfließen.

Daß die Absichten und Planungen Stalins in der Folgezeit nicht realisiert wurden und das Papier offenbar zunächst völlig im Aktenschrank verschwand – das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ wurde bekanntlich erst ein gutes Jahr später in Szene gesetzt –, hängt sicherlich mit dem realen Gang der Geschehnisse, insbesondere der militärischen Entwicklung, zusammen. Die Frühjahrsoffensive der deutschen Truppen machte etliche Erfolge der Roten Armee wieder zunichte und schuf keine günstigen Begleitumstände für die angestrebte politisch-propagandistische Offensive. Vielleicht spielte bei dem Verzicht auf diese Planungen auch der Abschluß des Vertrages der Sowjetunion mit Großbritannien vom Mai 1942 bzw. des Abkommens mit den USA vom Juni 1942 eine maßgebliche Rolle. Die Bündnisdokumente schlossen ausdrücklich Wege zu separaten Friedensregelungen der alliierten Mächte aus, während die im KPD-Papier enthaltenen Überlegungen mindestens die Tendenz zu einem deutsch-sowjetischen Sonderfrieden – womöglich auch als beabsichtigtes Druckmittel gegenüber den westlichen Partnern der Sowjetunion – in sich bargen. In den folgenden Monaten standen Entscheidungen an den militärischen Fronten an, und es war nicht eindeutig absehbar, in welche Richtung sie sich entwickeln würden. Hitlers Sommeroffensive war zu erwarten. Diese Situation belastete die Stimmungslagen und die Atmosphäre des Umgangs zwischen den deutschen und den sowjetischen Funktionären. Die KPD-Führungsmannschaft war mit der Enttäuschung darüber, daß sie nach einem kurzfristigen Bedeutungszuwachs bald wieder ins Leere stieß, sicherlich in besonderer Weise sensibilisiert, und bei ihren sowjetischen und Kominternpartnern nahmen die kritischen Perspektiven auf die KPD und ihre Führungskräfte wieder zu. Damit begann jene Phase, in der sich das eingangs geschilderte Gewitter der Kritik und Selbstkritik über den deutschen Kommunisten in Moskau zusammenzog.

(Teil II erscheint in der nächsten ZdF-Ausgabe)

92 Ebd., Bl. 17 f.

93 Ebd., Bl. 1 A.